



SEITE 2
Demografie: Sind Flüchtlinge Belastung oder Chance?

SEITE 3
Verfahren beschleunigen, Integration vorantreiben



SEITE 4/5
Interview: SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich über die Bekämpfung von Fluchtursachen

SEITE 6
Bildungspolitik braucht Wende



SEITE 7
Digitalisierung gestalten

SEITE 8
Hospiz- und Palliativversorgung: Schmerzen lindern, Ängste nehmen

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 6/2015

Helfen, anpacken, Ordnung schaffen

Lösungen statt Symbolpolitik: Die SPD-Fraktion stellt Weichen in der Flüchtlingspolitik.

Zahlreiche Menschen flüchten vor Krieg und Verfolgung in ihren Heimatländern. In Deutschland suchen sie Schutz, Sicherheit und die Chance auf ein besseres Leben.

Und der große Teil der Deutschen heißt die Flüchtlinge willkommen. Ehrenamtliche engagieren sich seit Monaten und unterstützen die Ankommenden nach Kräften. Doch die haupt- und ehrenamtlichen Helfer stoßen an ihre Grenzen, weil so viele Menschen gleichzeitig kommen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Wenn Menschen in Not zu uns kommen, dann müssen wir helfen. Aufgabe der Politik ist es, Ordnung in das Durcheinander zu bringen, das die Ankunft von Hunderttausenden mit sich bringt.

Faire und menschliche Verfahren

Die Maßnahmen des Asylpakets und des jüngsten Beschlusses der Koalitionsspitzen schaffen diese Ordnung. Sie regeln die Aufnahme von Asylbewerbern, beschleunigen die Asylverfahren und erleichtern eine schnelle Rückführung von Menschen, die kein Bleiberecht haben. Der Bund entlastet Länder und Kommunen mit einer monatlichen Pauschale für die Flüchtlingsunterbringung. Zudem legt die Koalition den Grundstein dafür, Menschen mit Bleibeperspektive rasch in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann spricht von vernünftigen Ergebnissen. „Flüchtlinge werden auch in Zukunft ein menschliches und faires Verfahren in Deutschland bekommen.“

Den Sozialdemokraten geht es bei allen Maßnahmen auch immer darum,



Für die SPD-Fraktion ist klar: Wenn Menschen in Not zu uns kommen, dann müssen wir ihnen helfen.

dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung und rechtlichen Verpflichtung gerecht wird. Haftlager vor den Grenzen oder Grenzzäune gehören nicht dazu. „Es wird keine Inhaftierung von Flüchtlingen und keine Transitzonen geben“, stellt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Christine Lambrecht klar.

Anpacken und Probleme lösen

Entscheidend sei, dass die Bundesregierung nun handele und alle bisher vereinbarten Maßnahmen gemeinsam mit den Ländern entschlossen umsetze, sagt Thomas Oppermann. „Geschlossen anpacken und Probleme sachorientiert lösen, darauf kommt es jetzt an.“

Zudem fordern die Sozialdemokraten weiterhin ein Einwanderungsgesetz, das legale Einreisemöglich-

keiten erweitert. „Wir müssen uns in unserem Asylsystem auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentrieren. Zugleich benötigen wir klare Regeln für die Einwanderung von Menschen, die zu uns auf der Suche nach Arbeit kommen“, sagt Thomas Oppermann.

Für diese Menschen aber ist das Asylverfahren der falsche Weg. Sie

brauchen eine legale Einreisemöglichkeit als Alternative zum Asylrecht. Für Fachkräfte, Akademiker und seit kurzem für Menschen vom Westbalkan gibt es schon entsprechende Regelungen. Folgen muss ein Einwanderungsgesetz, das eine legale Arbeitsmigration nach Deutschland möglich macht und Einwanderung mit Integration verbindet. ■

Online-Dialog

Die SPD-Fraktion führt den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern – offline und online. Gemeinsam mit den Menschen will sie Antworten auf die wichtigsten Zukunftsfragen erarbeiten.

Ein zentrales Thema: die Frage nach einem neuen Miteinander. Was können wir tun, damit Deutschland ein offenes Land bleibt, in dem alle an einer vielfältigen Gesellschaft teilhaben können und nicht nur nebeneinander, sondern miteinander zusammenleben? Diskutieren Sie mit!

Auf zukunftsseiten.spdfraktion.de.

Demografie: Sind Flüchtlinge Belastung oder Chance?

Zahlreiche Menschen suchen Hilfe und Schutz in Deutschland. Können sie langfristig unser Demografieproblem lösen?

Unsere Gesellschaft wird immer älter. Fachkräfte, Sozialversicherungssystem, Daseinsvorsorge in den Kommunen – sie alle sind betroffen vom demografischen Wandel. Gerade Kommunen mit Bevölkerungsrückgang müssen rechtzeitig Strategien entwickeln, um Strukturen der Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten, zum Beispiel im öffentlichen Personennahverkehr oder bei der Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger Menschen.

Auf einem Demografiekongress der SPD-Fraktion in Berlin diskutierten jetzt 260 Vertreterinnen und Vertreter aller staatlichen Ebenen, der Wirtschaft, der Sozialpartner, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft über die Herausforderungen des demografischen Wandels. Eine der zentralen Fragen: Kann die aktuelle Flüchtlingsdynamik zur Lösung des Problems beitragen?

Ja, sie kann, sagt Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Es sei kein Wunder, dass die deutsche Wirtschaft gemeinsam mit den Gewerkschaften für mehr Einwanderung werbe. Man müsse aus der Demografiedebatte eine



Manuela Schwesig, Aydan Özoğuz, Petra Crone und Andrea Nahles auf dem Demografiekongress der SPD-Fraktion.

Chancendebatte machen. „Wenn wir diese Menschen gut integrieren, dann haben wir einen Teil der Demografiefrage beantwortet.“

Ohne Einwanderung geht es nicht

Thomas Oppermann sieht es ähnlich. „Dieser Gesellschaft fehlen jedes Jahr 300.000 Geburten“, sagt der SPD-Fraktionschef. Die größte Herausforderung

sieht Oppermann im drohenden Fachkräftemangel. „Was können wir dagegen tun, dass in den nächsten 15 Jahren sechs Millionen potenzielle Erwerbstätige aus dem Erwerbsleben ausscheiden?“ Seine Antwort: Neben einer höheren Frauenerwerbsquote und der Qualifizierung von Geringqualifizierten bleibt als dritte Möglichkeit nur die Einwanderung.

Meldung

Flüchtlingshilfe ohne neue Schulden

Der Bundestag hat den zweiten Nachtragshaushalt 2015 beschlossen. Damit wird die Unterstützung der Länder für die Flüchtlingsunterbringung und -versorgung im Bundeshaushalt umgesetzt. Der Bund erhöht die bisher vorgesehene Soforthilfe für Länder und Kommunen nochmals um 1 Milliarde Euro auf 2 Milliarden. Außerdem soll aus den Haushaltsüberschüssen eine Rücklage gebildet werden, um die notwendigen Ausgaben im Jahr 2016 möglichst ohne neue Schulden zu finanzieren. „Mit dem beschlossenen Nachtragshaushalt 2015 gehen wir die vor uns liegenden Aufgaben Schritt für Schritt an“, sagt der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs. „Das alles schaffen wir ohne neue Schulden.“ ■

Vor diesem Hintergrund sieht Oppermann auch die vielen Flüchtlinge, die derzeit zu uns kommen, nicht nur als Belastung, sondern auch als Chance. Die Hälfte der Ankommenden sei unter 25 Jahre. „Wir dürfen nicht den Fehler machen, sie nur unterzubringen. Wir müssen sie integrieren und massiv in Sprachkurse, Bildung und Ausbildung investieren.“ ■

FAQ: Wer kommt, wer darf bleiben?

Woher kommen die Flüchtlinge?

Die meisten Flüchtlinge kommen derzeit aus Syrien nach Deutschland. Sie fliehen direkt aus ihrem Land oder kommen aus den Flüchtlingslagern in den umliegenden Staaten. 2015 stellen sie bisher gut ein Drittel aller registrierten Flüchtlinge in Deutschland. Seit der zweiten Jahreshälfte nimmt ihr relativer Anteil weiter zu, auch weil die Zahl von Flüchtlingen aus den Balkan-Staaten deutlich abgenommen hat. Im Oktober kamen über 50 Prozent der Flüchtlinge aus Syrien.

Wer bekommt Asyl in Deutschland?

Nach Artikel 16a des Grundgesetzes hat jeder politisch Verfolgte in Deutschland das Recht auf Asyl. Damit ist allerdings nur staatliche Verfolgung gemeint. Die Menschen, die vor Bürgerkriegen aus Syrien oder dem Irak flüchten, werden hingegen fast ausschließlich als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt. Danach ist ein Flüchtling eine Person, die

sich außerhalb ihres Heimatlandes befindet, weil ihr dort aufgrund ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe Verfolgung droht. Sowohl Flüchtlinge wie auch Asylberechtigte erhalten ein Aufenthaltsrecht für drei Jahre. Daneben können Menschen auch als „subsidiär“ Schutzberechtigte anerkannt werden, wenn ihnen in ihren Heimatländern zum Beispiel die Todesstrafe oder Folter drohen. Sie bekommen eine Aufenthaltserlaubnis von einem Jahr.

Wer wird anerkannt?

Menschen, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien nach Deutschland fliehen, haben derzeit eine nahezu hundertprozentige Chance auf Anerkennung. Hohe Anerkennungsquoten haben auch Menschen aus dem Irak (90 Prozent) und Eritrea (83 Prozent). Asylbewerber aus den Balkanstaaten haben praktisch keine Chance auf Anerkennung. ■

Kinder und Jugendliche integrieren

Unter den Flüchtlingen, die bei uns ankommen, sind auch viele Kinder und Jugendliche, die ohne Begleitung eines Erwachsenen vor Krieg und Chaos in ihren Heimatländern geflüchtet sind.

Gerade sie brauchen besonderen Schutz und eine intensive Betreuung. Mit einem Gesetz hat der Bundestag jetzt eine bessere Versorgung dieser Kinder und Jugendlichen beschlossen.

„Kinder und Jugendliche brauchen unsere besondere Hilfe und Unterstützung. Das gilt gerade für jene, die ohne Familie zu uns kommen“, sagt Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig.

Bislang waren für sie die Jugendämter und Jugendhilfen in den wenigen Kommunen zuständig, in denen die Kinder und Jugendlichen zum ersten Mal registriert wurden. Diese sind jedoch mit den vielen Ankommenden überlastet und können eine dem Kindeswohl entsprechende Unterbringung und Betreuung nicht mehr garantieren.

Seit dem 1. November gibt es für diese Fälle eine bundesweite Aufnahmepflicht. Es wird bundesweit koordiniert, wie Kinder und Jugendliche untergebracht, versorgt und betreut werden.

Konkret: Statt einiger weniger Kommunen müssen sich jetzt alle an der Versorgung beteiligen. Die Kommunen, die in den letzten Monaten besonders viele Kinder und Jugendliche aufgenommen haben, werden entlastet. Der Bund wird sich mit 350 Millionen Euro jährlich an der Finanzierung beteiligen.

Das Bundesprogramm „Willkommen in Deutschland“ wird die Umsetzung des Gesetzes begleiten. Das mit 12 Millionen Euro ausgestattete Programm trägt ganz konkret dazu bei, die Lebenssituation von jungen Flüchtlingen zu verbessern. Kommunen erhalten Beratungsangebote für Jugendämter, Unterstützung beim Aufbau lokaler Netzwerke und Qualifizierungsangebote. ■

Verfahren beschleunigen, Integration vorantreiben

Mit zahlreichen Maßnahmen bringt die Koalition Ordnung in die Flüchtlingspolitik. Eine Übersicht.

Verfahren ordnen

- Der Bund übernimmt die Verteilung der Asylbewerber auf die Länder und richtet „Wartezentren“ für Neuankömmlinge ein. Verteilt werden die Flüchtlinge nach dem „Königsteiner Schlüssel“, das heißt entsprechend der Einwohnerzahl und des Steueraufkommens der Bundesländer.

- Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhält 4.000 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

- Für Asylsuchende aus Ländern wie Syrien oder dem Irak gibt es beschleunigte Asylverfahren, da sie in der Regel als Flüchtlinge anerkannt werden. Bei ihnen erfolgt weiterhin eine Sicherheits- und Identitätsprüfung, die persönliche Anhörung entfällt, sie erfolgt schriftlich. Auch Anträge aus den Westbalkan-Staaten werden schneller bearbeitet, da sie kaum eine Chance auf Anerkennung haben.

- Asylbewerber können verpflichtet werden, bis zu sechs Monate (statt bisher drei) in ihrer zugewiesenen Erstaufnahmeeinrichtung zu bleiben. Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten sollen künftig auch darüber hinaus bis zum Abschluss ihres Verfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. Ziel ist es, nur Menschen mit Bleibeperspektive auf die Kommunen zu verteilen.

- Um Fehlanreize zu beseitigen, wird der Bargeldbedarf in den Erstaufnahmeeinrichtungen so weit wie möglich durch Sachleistungen ersetzt.

- Asylanträge von Bewerbern aus sicheren Herkunftsstaaten sollen künftig in speziellen Aufnahmeeinrichtungen bearbeitet werden und innerhalb von maximal drei Wochen abgeschlossen sein. Menschen ohne Bleiberecht werden direkt aus der Aufnahmeeinrichtung in ihre Heimat zurückgeführt.

- Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten gilt künftig eine verschärfte Residenzpflicht. Sie dürfen die Städte oder Landkreise ihrer Aufnahmeeinrichtung nicht verlassen.

- Der Bundestag hat seit 2014 sechs Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer eingestuft.

- Alle Asylbewerber erhalten künftig einen einheitlichen Ausweis und werden in einer Datenbank registriert. Damit beendet die Koalition das Nebeneinander von inkompatiblen Datenbanken und Erfassungsverfahren.



Immer mehr Menschen kommen nach Deutschland und beantragen Asyl.

Besser integrieren

- Für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive werden die Integrationskurse geöffnet, damit erhalten sie Zugang zu intensivem Sprach- und Orientierungsunterricht.

- Asylbewerber und Geduldete können sich schon nach drei Monaten um einen regulären Job bewerben – vorausgesetzt es gibt keine geeigneten Bewerber mit deutscher oder EU-Nationalität. Bisher war dies erst nach neun bzw. zwölf Monaten der Fall.

Die Vorrangprüfung entfällt nach 15 Monaten Aufenthalt – für Mangelberufe, hochqualifizierte und akademische Tätigkeiten bereits nach drei Monaten.

- Das Leiharbeitsverbot entfällt für Fachkräfte unter Asylbewerbern und Geduldeten schon nach drei Monaten. Für Geringqualifizierte gilt das Verbot für 15 Monate.

- Menschen vom Westbalkan können abseits des Asylverfahrens leichter nach Deutschland kommen, um hier zu leben und zu arbeiten.

Voraussetzung dafür ist, dass sie einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen können und in den zwei Jahren davor nicht als Asylbewerber in Deutschland gewesen sind.

Gut versorgen

- Um die Versorgung der Flüchtlinge in den Kommunen zu sichern, hat der Bund die Hilfe für Länder und Kommunen für das Jahr 2015 auf zwei Milliarden Euro verdoppelt.

- Ab 2016 erhalten die Länder eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber für die Dauer des Verfahrens zuzüglich einem Monat im Fall der Ablehnung. Für die Betreuung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen bekommen die Länder jährlich 350 Millionen Euro.

- 500 Millionen Euro jährlich stellt der Bund den Ländern in den kommenden Jahren für den sozialen Wohnungsbau zusätzlich bereit. Zudem wird der Bund eigene Immobilien schnell und günstig zur Verfügung stellen. Außerdem unterstützt der Bund die Länder verstärkt beim Aufbau von Erstaufnahmepätzen.

- Die Länder können für Asylbewerber eine elektronische Gesundheitskarte einführen. Die Kosten werden von der öffentlichen Hand getragen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Editorial



Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Liebe Leserinnen und Leser, die brutalen Attentate von Paris richten sich nicht gegen ein einzelnes Land, sondern gegen die freiheitliche Gesellschaft und unseren Lebensstil. In tiefer Trauer denken wir an die Opfer und ihre Familien. Und wir sagen allen Franzosen: Wir stehen fest an Eurer Seite! Frankreich lässt sich von den Mördern des IS nicht einschüchtern und gibt die offene Gesellschaft nicht preis. Schon kurz nach den Anschlägen besuchten die Menschen in Paris wieder Cafés und Restaurants. Denn täten sie es nicht, hätten die Terroristen ihr Ziel erreicht: Sie wollen Angst in unsere Gesellschaften tragen und den Zusammenhalt zerstören. Am Ende sollen sich Muslime und Nicht-Muslime feindlich gegenüberstehen. Genau deshalb dürfen wir nicht zulassen, wenn die Flüchtlinge in Deutschland mit dem IS in Verbindung gebracht werden. In Wirklichkeit sind die Flüchtlinge vor derselben Terrorbande geflohen, die Europa am 13. November angegriffen hat. Der französische Präsident hat nach den Anschlägen besonnen reagiert. Gemeinsam mit der Staatengemeinschaft wird Frankreich den Kampf gegen die Dschihadisten entschlossen fortsetzen. Wir werden unseren wichtigsten europäischen Partner dabei nach Kräften unterstützen. Besonders wichtig: Wir müssen die Allianz gegen den IS vergrößern und endlich eine politische Lösung für Syrien erreichen. Zugleich tun wir alles, um die Sicherheit in Deutschland zu gewährleisten. So hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, dass die Bundespolizei 3.000 neue Stellen erhält. Auf diesen Erfolg können wir stolz sein! Die Anschläge treffen Europa in einer Zeit, in der die nationalen Fliehkräfte zugenommen haben. Die Terroristen wissen das. Sie wollen Europa spalten. Unsere Antwort muss daher sein, wieder enger zusammenzurücken. Paris muss ein Moment der Einigung Europas werden. ■



»Kriege müssen von Menschen befriedet werden«

Der Syrien-Konflikt sei nur sehr schwer einzugrenzen, sagt SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich. „Wir müssen aber jede Möglichkeit nutzen.“ Im Interview erklärt er, warum sich so viele Menschen auf der Flucht befinden und fordert mehr Solidarität von den EU-Mitgliedstaaten.

„Fluchtursachen bekämpfen“ lautet eine zentrale Forderung, wenn derzeit über Flüchtlingspolitik gesprochen wird. Was ist damit genau gemeint?

Der Ausdruck „Fluchtursachen bekämpfen“ klingt aus meiner Sicht sehr technisch. Es ist ja ein ganzes Bündel von Ursachen, das Menschen dazu bringt, zu flüchten. Sie sind auf der Flucht aufgrund von wirtschaftlichen Krisen, Umwelteinflüssen und aufgrund von Kriegen.

Derzeit sind 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, davon sind mehr als die Hälfte sogenannte Binnenflüchtlinge, sie fliehen also innerhalb ihrer Länder. Wir in Europa sind derzeit zu einem großen Teil mit Flüchtlingen aus Syrien konfrontiert,

„Derzeit befinden sich 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht“

wo die humanitäre Lage anhaltend katastrophal ist. Deren Zahl beläuft sich nach UN-Angaben mittlerweile auf 4,3 Millionen, darunter mehr als zwei Millionen Kinder. Hinzu kommen noch 6,5 Millionen Binnenflüchtlinge. Dabei sind Kriege kein Naturgesetz, sondern immer von Menschen gemacht und sie müssen auch von Menschen befriedet werden.

Was können Deutschland und die EU dafür tun?

Kurzfristig geht es vor allem um humanitäre Hilfe und darum, die Hilfsorganisationen vor Ort in den Flüchtlingslagern zu unterstützen. Deshalb haben wir in diesem Jahr nochmal unsere Mittel für die humanitäre Hilfe erhöht. Seit 2012 hat Deutschland über 1 Milliarde Euro zur Verfügung gestellt. Und für 2015 bis 2017 werden wir diese Summe nochmal um 500 Millionen Euro anheben. Wichtig ist jedoch, dass die Länder, die sich zu humanitärer Hilfe verpflichtet haben, diese Mittel dann letztlich auch bereitstellen und nicht nur ankündigen, dieses zu tun. Und diese Mittel müssen zielgerichtet ankommen. Dafür müssen wir stärker als bisher direkt mit

den Hilfsorganisationen vor Ort schnell und unbürokratisch zusammenarbeiten.

Wohin fließen die Mittel konkret?

Die Mittel gehen vor allem an die Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen, die vor Ort in den Flüchtlingslagern Essenrationen und Medikamente austeilen, aber auch versuchen, Bildungsangebote bereit zu stellen. Wir müssen zudem den unmittelbaren Nachbarländern Syriens und des Irak dabei helfen, die große Zahl von Flüchtlingen so gut wie möglich zu versorgen und zu integrieren. Allein der Libanon hat – bei gerade mal 5 Millionen Einwohnern – über eine Million Flüchtlinge aufgenommen und in der Türkei sind 2,2 Millionen Flüchtlinge registriert. Diese Zahlen zeigen, welche humanitären aber auch logistischen Herausforderungen hier noch vor uns liegen.

Welche Hilfen können wir langfristig leisten?

Langfristig können wir mit den Mitteln aus der Entwicklungszusammenarbeit vieles tun, indem wir Infrastruktur aufbauen, indem wir die Angebote im Bildungs- und Gesundheitsbereich verbessern und indem wir die Institutionen vor Ort bei der Bewältigung der Situation unterstützen.

So wichtig humanitäre Hilfen sind, sie werden keine Kriege wie den Syrien-Konflikt befrieden. Worum geht es bei diesem Konflikt?

Es geht hier einmal um einen inneren Machtkonflikt mit unterschiedlichen Gruppen, die sich teilweise religiös oder ethnisch definieren und manchmal auch nur einer Bürgerkriegslogik von Drogen-, Menschenhandel und vielem anderen folgen. Außerdem haben sich auswärtige Akteure dieser Gruppen bemächtigt, darunter Saudi-Arabien, Katar und vor allem der Iran, der sich über die libanesischen Hisbollah in Syrien direkt an der Seite Assads an den Kriegshandlungen beteiligt. Hinzu kommen die Großmächte USA und Russland, die in einer Art Stellvertreterkrieg ebenfalls auf

„Kurzfristig geht es vor allem um humanitäre Hilfe“

unterschiedlichen Seiten unterwegs sind – Russland mittlerweile sogar mit eigenen Bodentruppen.

Das klingt nicht danach, dass dieser Konflikt in absehbarer Zeit zu lösen ist. Wo kann man auf diplomatischer Ebene ansetzen?

Dieser Konflikt ist brutal und rücksichtslos gegenüber der Zivilbevölkerung. Mit dem Einsatz von Fassbomben oder chemischen Kampfstoffen werden internationale Vereinbarungen wie die Genfer Konvention gebrochen. Ich glaube in der Tat, dass dieser Konflikt nur sehr schwer einzugrenzen ist. Wir müssen aber jede Möglichkeit nutzen. Umso mehr unterstützen wir die Bemühungen des Beauftragten der Vereinten Nationen, Staffan de Mistura.

„Der Syrien-Konflikt ist brutal und rücksichtslos gegenüber der Bevölkerung“

Er versucht in Syrien, mit lokalen Waffenruhen humanitäre Hilfe zu ermöglichen und daraus vielleicht langfristig auch einen generellen Waffenstillstand zu entwickeln. Außerdem bin ich sehr dankbar dafür, dass Außenminister Frank-Walter Steinmeier erfolgreich dafür geworben hat, dass sich die USA und Russland über ihre gemeinsamen Interessen in Syrien verständigen. Und jetzt sitzen erstmalig auch der Iran und Saudi-Arabien mit am Tisch. Dies kann aber nur ein An-

fang sein. Es wird, fürchte ich, noch sehr lange dauern, um hier auf der diplomatischen Ebene zu einem Waffenstillstand oder gar zu einer Friedenslösung zu kommen.

Eine Schlüsselrolle für die Fluchtbewegungen nach Europa spielt die Türkei, die sich innenpolitisch unter Präsident Erdogan aber eher weg von Europa bewegt. Wie problematisch ist das in der Zusammenarbeit?

Das ist sehr problematisch. Der aktuelle Fortschrittsbericht der EU zeigt, dass die Türkei derzeit eher Rückschritte im Bereich der Menschenrechte, Pressefreiheit und sozialer Gerechtigkeit macht. Erdogan ist ein Präsident, der nicht zum Zusammenwachsen, sondern zur Spaltung des Landes beiträgt. Das macht eine Zusammenarbeit mit der Türkei auch in der Flüchtlingsfrage sehr schwierig. Zugleich ist sie unabdingbar, da das Land die mit Abstand größte Zahl von Flüchtlingen aus Syrien, nämlich 2,2 Millionen, aufgenommen hat. Es ist eine paradoxe Situation: Gerade die Unionsparteien haben ja in den vergangenen Jahren eine Annäherung zwischen der EU und der Türkei verhindert. Erst jetzt erkennen sie, wie wichtig und zentral die Türkei für die europäische Sicherheit und für die Lösung der Flüchtlingsfrage ist und wollen nun plötzlich auf Erdogan zugehen.

Was bedeutet die innenpolitische Situation für die Zusammenarbeit?

Die Zusammenarbeit mit der Türkei wird natürlich nicht einfacher. Aber wir müssen damit umgehen. Vor allem

sollten wir uns konkret auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge, die derzeit in der Türkei

„Wir müssen die Türkei bei der Flüchtlingsversorgung unterstützen“

leben oder noch dorthin kommen, konzentrieren. Natürlich müssen wir die Türkei dabei unterstützen, die Versorgung der vielen Flüchtlinge im Land humanitär und sozial so gut wie möglich zu bewältigen. Auch wenn wir über das Finanzielle hinaus um Hilfe gebeten werden, etwa um technische Hilfe, dann sollten wir das tun. Dort wo es aber unterschiedliche politische Auffassungen zwischen uns und der Türkei in Fragen der Demokratie, der Menschenrechte oder der Pressefreiheit gibt, sollten wir diese ganz klar benennen.

Setzt Europa derzeit mehr auf Stabilität als auf Demokratie in Zusammenarbeit mit anderen Ländern?

Davor würde ich warnen. Es entspricht aber auch nicht der Realität. Wir haben ein großes Interesse daran, dass die Türkei demokratischer wird. Wir haben ein großes Interesse, dass das Land nicht entlang ethnischer und religiöser Minderheiten und Mehrheiten gespalten wird. Wir haben das Interesse, das sich auch in der arabischen Welt insgesamt demokratische Kräfte

stärker bemerkbar machen, wir fördern Tunesien in seinem Umbauprozess. Demokratieförderung schließt aber nicht aus, dass wir auch an Stabilität interessiert sind, im Gegenteil: Ich bin fest davon überzeugt, dass langfristig mehr Demokratien auch zu mehr Stabilität führen werden.

Europa war immer ein Projekt der offenen Grenzen. Jetzt wird diskutiert über Grenzsicherungen nach außen und innen. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Die derzeitige Krise ist eine große gesamteuropäische Herausforderung, die leider nicht gemeinsam von allen angegangen wird, da die Mitgliedsländer der EU ihre Interessen ganz unter-

„Mehr Demokratien führen immer auch zu mehr Stabilität“

schiedlich definieren. Dass nur einzelne Länder wie Deutschland oder Schweden die Hauptlast bei der Flüchtlingsaufnahme tragen, entspricht nicht meinem Verständnis von europäischer Solidarität. Die Mitgliedstaaten können nicht auf der einen Seite von den Regionalisierungsfonds der EU profitieren und auf der anderen Seite Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen verweigern. Das sollte man vor allem den osteuropäischen Mitgliedsländern viel deutlicher klar machen. Hier hat auch die Bundeskanzlerin eine große Verantwortung.



Rolf Mützenich: „Europas Werte und Grundsätze dürfen nicht missachtet werden.“

Zur Person

Dr. Rolf Mützenich (56) ist seit 2002 Mitglied des Bundestages. Sein Fachgebiet ist die Außen- und Sicherheitspolitik.

Der promovierte Politikwissenschaftler war zwischen 2009 und 2013 außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Seit 2013 ist der Kölner stellvertretender Fraktionsvorsitzender und als solcher zuständig für Außen-, Verteidigungs- und Menschenrechtspolitik.

Rolf Mützenich ist stets als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Köln III in den Bundestag eingezogen. ■

Welche Möglichkeiten gibt es, die Länder zu mehr Solidarität zu bewegen?

Man muss bestimmte Hilfsleistungen an die Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme koppeln, wie es ja auch Kommissionspräsident Juncker vorgeschlagen hat. Denn Appelle helfen scheinbar nicht mehr. Grundsätzlich müssen wir aber auch einen deutlich schärferen Ton bei Regierungen anschlagen, die generell gegen europäische Werte verstoßen. Ein Gespräch reicht eben nicht aus, um beispielsweise dem ungarischen Regierungschef Victor Orban klar zu machen, dass seine Regierung mit Konsequenzen zu rechnen hat, wenn sie europäische Grundsätze und Werte missachtet. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Meldungen

10 Jahre Online-Petitionen

Öffentliche Petitionen bringen Themen von der Straße in den Bundestag. Sie beteiligen die Menschen direkt an der politischen Willensbildung. Seit zehn Jahren haben Bürgerinnen und Bürger auch die Möglichkeit, beim Bundestag eine Online-Petition einzureichen. Online-Petitionen ergänzen das direkte und urdemokratische Petitionsrecht um die Möglichkeiten der Technik. „Öffentliche Petitionen haben die parlamentarische Arbeit und die Demokratie verändert. Sie platzieren Themen direkt in den Petitionsausschuss hinein und zwingen die Politik, sich mit den Themen zu beschäftigen“, sagt der Sprecher der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe Petitionen Stefan Schwarze. Als Beispiel nennt er die Petition gegen die Indizierung und Spernung von Internetseiten, die mehr als 134.000 Menschen unterzeichnet hätten. Die SPD-Bundestagsfraktion sieht in Petitionen noch mehr politisches Potenzial. Ihre Bedeutung in der Parlamentsarbeit steigt. Sie führen zu Gesetzesänderungen. Sie sind ein politisches Instrument der Bürgerbeteiligung. Deshalb will die SPD-Fraktion das parlamentarische Petitionsrecht weiterentwickeln. ■



Die SPD-Bundestagsfraktion will das Bildungswesen neu aufstellen.

Bildungspolitik braucht Wende

Die zahlreichen Flüchtlinge stellen auch das Bildungssystem vor neue Herausforderungen.

Jeder zweite Asylbewerber ist jünger als 25 Jahre. Mindestens 325.000 schulpflichtige Kinder und Jugendliche kommen zu uns. Die GEW rechnet für den Kitabereich mit bis zu 100.000 Kindern. Allein diese Zahlen machen deutlich, dass das Bildungswesen in den kommenden Jahren eine Schlüsselrolle bei der Integration von hunderttausenden Flüchtlingen spielen wird. Nur mit

einer guten Bildung und Betreuung in Kitas und Schulen lernen die Kinder und Jugendlichen schnell Deutsch. Nur dann können sie einen Schulabschluss und eine Ausbildung machen. Und zu Fachkräften werden, die zum Wohlstand des Landes beitragen.

Um diese Herausforderung zu bewältigen, muss das Bildungssystem neu aufgestellt werden – qualitativ

und auch quantitativ. Es bedarf nicht weniger als einer bildungspolitischen Wende. Mit einem 14-Punkte-Papier macht die SPD-Fraktion Vorschläge, wie diese Wende aussehen soll.

Kooperationsverbot abschaffen

Zentral dabei: die Abschaffung des Kooperationsverbotes. Es verhindert derzeit, dass der Bund sich finanziell am Ausbau von Schulen beteiligt. „Wir können es uns nicht mehr leisten, dass der Bund nur bei Naturkatastrophen oder Finanzkrisen, aber nicht in Schulen investieren darf“, heißt es dazu in dem Papier.

Das Kooperationsverbot im Grundgesetz müsse endlich abgeschafft werden, fordert SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. „Nur dann kann der Bund seinen Schwerpunkt auf die frühen Bildungsphasen legen, denn in der Kita und der Grundschule wird die Basis für eine erfolgreiche Bildungsbiografie gelegt.“

Eine Chance für alle

Weitere Forderungen des Positionspapiers: mehr Kita-Plätze, eine Qualitätsoffensive für frühkindliche Bildung, mehr Ganztagsplätze an Grundschulen, ein Ausbau der Schulsozialarbeit und generell mehr Betreuungs- und Lehrkräfte. Die bildungspolitische Wende sei der Weg, Integration, sozialen Aufstieg und gesellschaftlichen Fortschritt miteinander zu verbinden, schreiben die Sozialdemokraten. „Sie ist eine Chance für alle: für die, die schon hier sind, und die, die hier bleiben werden.“ ■

Hochschulen: Prekäre Beschäftigung eindämmen

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) erlaubt den Hochschulen Sonderregelungen bei der Ausgestaltung von Beschäftigungsverhältnissen wissenschaftlicher Beschäftigter.

Der Grund: Gerade im wissenschaftlichen Nachwuchsbereich brauchen Universitäten eine gewisse Flexibilität. Allerdings ist prekäre Beschäftigung an deutschen Hochschulen mittlerweile die Regel. Laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) arbeiten 90 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an deutschen Hochschulen mit befristeten Arbeitsverträgen. Mehr als die Hälfte der Doktoranden besitzt Arbeitsverträge mit einer Laufzeit von unter einem Jahr.

Mit einem Gesetz will die Koalition diesen Fehlentwicklungen der Befristungspraxis entgegenwirken. Künftig soll sich die Dauer einer Befristung an der angestrebten Qualifizierung orien-



An deutschen Hochschulen sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse die Regel.

tieren. Verträge für Doktoranden sollen dann für den gesamten Zeitraum der Promotion gelten. Ebenso soll das Gesetz ausschließlich für wissenschaftliches Personal gelten. Für nicht-wissenschaftliche Beschäftigte gilt dann das Teilzeit- und Befristungsgesetz, so wie für alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch.

„Das Gesetz wird die Situation der in der Wissenschaft Beschäftigten deutlich verbessern“, sagt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Simone Raatz. Es führe zu mehr Kalkulierbarkeit und Verlässlichkeit in der Arbeitsplanung und Lebensführung des wissenschaftlichen Nachwuchses. SPD-Fraktionsvize Hubertus

Heil nennt das Gesetz „ein wichtiges, gutes Signal an die vielen jungen Menschen in der Wissenschaft, die hervorragende Arbeit leisten und sich dennoch über Jahrzehnte von einem Jahresvertrag zum anderen durchhängen müssen.“ Künftig werde es für Arbeitgeber deutlich schwerer, Vertragslaufzeiten willkürlich und ohne Grund kurz zu halten.

DGB: Gesetz ist wichtiger Schritt

Ähnlich sehen es die Gewerkschaften. Der vorliegende Gesetzentwurf sei ein erster, wichtiger Schritt, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. „Exzellente Wissenschaft braucht exzellente Arbeitsbedingungen.“ Dafür müsse die Bundesregierung das Gesetz wieder auf seine ursprüngliche Aufgabe zurückführen. „Ziel ist es, die Befristung von Arbeitsverträgen zu regeln, die einer wissenschaftlichen Qualifizierung dienen soll.“ ■

Digitalisierung gestalten

Die SPD-Fraktion will aus der Digitalisierung eine Chance machen – für gesellschaftlichen Fortschritt und im Sinne der Beschäftigten.

Die Digitalisierung schreitet voran. Sie hat die Kommunikation der Menschen revolutioniert, jetzt vernetzt sie Produktion, Arbeitsprozesse und Logistik. Auf ihrem 2. Netzpolitischen Kongress unter dem Motto „Digital ist besser?“ diskutierte die SPD-Fraktion mit Experten und Gästen über Chancen und Risiken dieser Entwicklung. Die SPD-Fraktion habe beim Thema Digitalisierung eine optimistische Haltung, „ohne dass wir die Risiken ausblenden“, sagte der netzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Lars Klingbeil.

Auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles versteht Digitalisierung vor allem als „Chance“. Der Einsatz von Robotic könne nicht nur Effizienzsteigerung bringen, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen ermöglichen und selbstbestimmtere Arbeitszeitmodelle erleichtern. Gleichzeitig werfe der digitale Wandel auch Verteilungsfragen auf. In Zeiten von Automatisierungen müsse über Qualifizierungsmaßnahmen, tarifvertragliche Strukturen oder Beschäftigtendatenschutz neu nachgedacht werden. Nicht alles könne man jedoch gesetzlich regeln, sagte Nahles.



Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles sieht in der Digitalisierung große Chancen.

„So viel Gesetzgebung wie nötig und so viel Sozialpartnerschaft wie möglich“, brachte es SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann auf den Punkt.

Das Internet kennt keine Grenzen

Ein Problem bei nationalen Gesetzen: Das Internet kennt keine Grenzen. „Manche Fragen der Digitalisierung können wir gar nicht nationalstaatlich regeln“, sagte Lothar Schröder, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes.

Neue Regeln und Konzepte seien dennoch auch in Deutschland erforderlich, vor allem im Bereich Arbeitsschutz und bei der Aus- und Weiterbildung.

Das Fazit des Kongresses: Niemand kann vorhersehen, wie die Digitalisierung unseren Alltag, die Arbeitswelt und Wirtschaft verändern wird. Klar ist aber: Damit technologischer Fortschritt zu gesamtgesellschaftlichem Fortschritt wird, muss die Digitalisierung „gestaltet“ werden. ■

SPD-Fraktion führt Dialog mit Werkstattträten



Andrea Nahles und Kerstin Tack (Mitte) im Gespräch mit Werkstattträgern.

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Lebenslage von Menschen mit Behinderungen verbessern.

Dafür stehen die Sozialdemokraten in regelmäßigem Austausch mit Werkstattträgern, den Vertreterinnen und Vertretern der Beschäftigten in den Werkstätten für behinderte Menschen. 280 von ihnen sind jetzt zur 10. Werkstattträgerkonferenz nach Berlin gekommen. Dabei ging es um das Bundesteilhabegesetz und die Änderungen der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung.

Unsere Gesellschaft sei noch lange

keine inklusive Gesellschaft, sagte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Gerade Menschen mit Einschränkungen, die auch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten könnten, würden zu wenig unterstützt. Hier müssten auch die Berater der Bundesagentur für Arbeit mehr tun. „Es geht nicht darum, sich auf die Defizite zu fixieren, sondern den ganzen Menschen mit seinen Potenzialen und Fähigkeiten zu sehen.“ Als größte Aufgabe im Bereich von Inklusion und Teilhabe nannte Nahles das Bundesteilhabegesetz. Es soll 2016

beschlossen werden und zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Ziel des Gesetzes: weg vom Grundsatz der Fürsorge, hin zum Grundsatz der Teilhabe.

Mehr Rechte für Werkstattträger

„Der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können“, sagte Kerstin Tack, die Beauftragte der SPD-Fraktion für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Das Gesetz werde die Übergänge zwischen den Werkstätten für behinderte Menschen und dem ersten Arbeitsmarkt flexibilisieren.

Mit einer Änderung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung sollen zudem die Rechte der Beschäftigten gestärkt werden. Neben Mitwirkungsrechten sollen die Werkstattträger auch Mitbestimmungsrechte erhalten. ■

Videos zu Veranstaltungen der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

www.spdfraktion.de/youtube

Meldungen

Gegen Korruption im Gesundheitswesen

Korruption im Gesundheitswesen beeinträchtigt den Wettbewerb, verteuert medizinische Leistungen und untergräbt das Vertrauen von Patientinnen und Patienten in ärztliche Entscheidungen. Seit Jahren fordert die SPD-Bundestagsfraktion deshalb, stärker dagegen vorzugehen. Jetzt hat der Bundestag in erster Lesung einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten. Das geltende Recht erfasst derzeit nicht alle Formen unzulässiger Einflussnahme im Gesundheitswesen. Niedergelassene Vertragsärzte können zum Beispiel nicht für korruptes Verhalten belangt werden.

Künftig sollen Bestechlichkeit sowie Bestechung im Gesundheitswesen unter Strafe stehen. Damit machen sich zum Beispiel niedergelassene Vertragsärzte künftig strafbar, wenn sie Bestechungsgelder annehmen, etwa um bestimmte Arzneimittel zu verschreiben. ■

Verbraucherschutz stärken

Die Große Koalition will den Verbraucherschutz bei Immobilien- und Dispokrediten stärken. Mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung soll die EU-Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher umgesetzt werden.

Künftig müssen Verbraucherinnen und Verbraucher vor dem Abschluss eines Kreditvertrages umfassender über die Inhalte des Angebots informiert werden. Zudem wird ein Vertragsabschluss ohne Überprüfung der Kreditwürdigkeit verboten. Dadurch sollen unverantwortliche Kreditvergaben unterbunden werden.

Ein Problem für viele Verbraucherinnen und Verbraucher sind zudem überzogene Dispositionszinsen (Dispo) der Banken. Künftig müssen Finanzinstitute ihre Kunden in einem Gespräch über günstigere Alternativen informieren, wenn sie den Dispo ihres Kontos regelmäßig und in erheblichem Maße in Anspruch nehmen. ■

Vorgestellt



Karamba Diaby

Wie kann ein modernes Einwanderungsrecht aussehen? Wie können wir ankommende Flüchtlinge und Einwanderer schneller und besser integrieren? Antworten auf diese Fragen sucht Karamba Diaby (51) als Leiter der Projektgruppe #NeuesMiteinander. Er selbst ist 1985 aus dem Senegal nach Deutschland gekommen, um in Halle zu studieren – mit einem Stipendium der DDR. Er blieb und ist seit 2001 deutscher Staatsbürger. Der promovierte Chemiker engagierte sich in Halle jahrelang im Bereich der interkulturellen Bildung und Jugendarbeit und trat 2008 in die SPD ein. 2013 zog er für die SPD in den Bundestag ein macht dort vor allem Bildungspolitik. ■



Marina Kermer

„Lebensqualität darf nicht von der sozialen Herkunft abhängen“, sagt Marina Kermer (55). Als Leiterin des Projekts #NeueLebensqualität sucht sie gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf die Frage, was gutes Leben ausmacht und wie wir es allen Menschen ermöglichen können. Gute Ernährung, gutes Wohnen und gute Gesundheitsversorgung – darum geht es bei der Projektgruppe. Die Diplom-Ingenieurin sitzt seit 2013 für die SPD im Bundestag und ist Mitglied im Gesundheitsausschuss. Vorher war Marina Kermer lange als Gewerkschaftssekretärin und bei der Bundesagentur für Arbeit tätig. ■

Bessere Versorgung und Klarheit bei der Sterbehilfe

Die Koalition beschließt Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung. Auch in der Frage um die Sterbehilfe gibt es Klarheit.

Mit einem Gesetz zur Krankenhausstrukturreform macht die Koalition Qualität zum zentralen Kriterium bei der Krankenhausplanung. Für mehr Qualität erhalten Krankenhäuser künftig Zuschläge, bei Qualitätsmängeln drohen Abschläge.

Zudem soll eine Expertenkommission bis Ende 2017 überprüfen, wie der Pflegebedarf der Patientinnen und Patienten bei der Bezahlung der Krankenhäuser richtig abgebildet wird. In der Zwischenzeit wird mit einem Förderprogramm in Höhe von 660 Millionen Euro jährlich bis 2018 das Pflegepersonal ausgebaut. Der bisherige Versorgungszuschlag wird ab 2017 durch einen Pflegezuschlag ersetzt. Die 500 Millionen Euro sollen den Häusern zugute kommen, die keine Pflegestellen abgebaut haben und ihr Pflegepersonal anständig entlohnen.

Hospiz- und Palliativversorgung

Daneben verbessert die Koalition mit einem Gesetz die Hospiz- und Palliativversorgung. Ziel ist es, ein flächendeckendes Angebot zu schaffen. Ambulante und stationäre Hospizdienste werden finanziell besser ausgestattet. Für Krankenhäuser und Pflegeheime



Die SPD-Fraktion will Menschen in ihrer letzten Lebensphase besser unterstützen.

verbessert die Koalition die finanziellen Rahmenbedingungen. Sterbebegleitung, Pflege und ärztliche Versorgung werden besser miteinander verknüpft. „Diejenigen, die am Ende ihres Lebens unsere Hilfe brauchen, dürfen wir nicht alleine lassen“, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hilde Mattheis.

Bundestag regelt Sterbehilfe

Außerdem hat der Bundestag nach mehrjähriger Debatte ein Gesetz zur Sterbehilfe beschlossen. Der Gesetz-

entwurf einer Abgeordnetengruppe um Kerstin Gries (SPD) und Michael Brand (CDU) stellt die geschäftsmäßige Hilfe bei der Selbsttötung unter Strafe. „Geschäftsmäßig“ meint dabei das auf Wiederholung angelegte, organisierte Handeln von Vereinen und Einzelpersonen. Angehörige und nahestehende Personen sind bei Suizidbeihilfe vor einer Bestrafung geschützt. Auch Einzelfallentscheidungen von Ärzten sollen nicht bestraft werden. Die Abstimmung im Bundestag erfolgte ohne die sonst übliche Fraktionsdisziplin. ■

Koalition stärkt die Pflege

Der Bundestag hat Mitte November das Pflegestärkungsgesetz II beschlossen. Der Kern des Gesetzes: Ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff. Er sieht vor, dass künftig neben körperlichen auch geistige und psychische Einschränkungen bei der Beurteilung der Selbständigkeit von Menschen einbezogen werden. Dadurch werden Demenzerkrankte und psychisch Kranke gleichrangig in der Begutachtung behandelt. Ab 2017 sollen fünf Pflegegrade die bisherigen drei Pflegestufen ersetzen. Bei der Begutachtung wird mit

einem neuen Verfahren anhand von sechs Merkmalen überprüft, wie der Grad der Selbständigkeit einer Person zu bewerten ist. Der Pflegegrad 1 setzt dabei früher an und wird etwa 500.000 Menschen erreichen, die bisher keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten haben. Wichtig: Alle, die bereits Leistungen der Pflegeversicherung erhalten, werden per Gesetz automatisch ohne erneute Begutachtung in das neue System überführt. Niemand wird schlechter gestellt, die meisten erhalten sogar mehr Leistungen. ■

Termine

25. November Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland, 21397 Barendorf

26. November TTIP – Chancen und Risiken, 39576 Stendal

27. November Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge integrieren! 23701 Eutin

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de

www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 17. November 2015

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800